

Der Staatsminister

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN
01095 Dresden

Geschäftszeichen
(bitte bei Antwort angeben)
3-1053/139/4

Dresden, 31. Mai 2022

Präsidenten des Sächsischen Landtages
Herrn Dr. Matthias Rößler
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Kleine Anfrage des Abgeordneten Hans-Jürgen Zickler (AfD)
Drs.-Nr.: 7/9766
Thema: Geschehen an und in der EAE Stauffenbergallee in Dresden
im April 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

namens und im Auftrag der Sächsischen Staatsregierung beantworte ich die
Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

**Welche Geschehnisse an und in der Erstaufnahmeeinrichtung im o.g.
Zeitraum führten zu einem Polizeieinsatz bzw. Rettungsdiensteinsatz?**
**Bitte aufschlüsseln (Datum, Uhrzeit, Kurzbeschreibung der Situation,
Status der Ermittlungen, beteiligte Personen).**

Im fragegegenständlichen Zeitraum sind im Integrierten Vorgangsbearbeitungssystem (IVO) sowie im Einsatzleitsystem drei Vorkommnisse, welche zu Polizeieinsätzen in der Aufnahmeeinrichtung Stauffenbergallee in Dresden führten, registriert (Recherche vom 5. Mai 2022). Die fragegegenständlichen Angaben sind der Tabelle zu entnehmen:

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
des Innern
Wilhelm-Buck-Str. 2
01097 Dresden

Telefon +49 351 564-0
Telefax +49 351 564-3199
www.smi.sachsen.de

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien 3, 6, 7, 8, 13

Besucherparkplätze:
Bitte beim Empfang Wilhelm-Buck-Str. 2 oder 4 melden.



Datum	Uhrzeit	Kurzbeschreibung der Situation	Status der Ermittlungen	Beteiligte Personen
05.04.2022	17:29 Uhr	Eine Person, welche medizinische Hilfe benötigt, meldet sich in der Aufnahmeeinrichtung (AE). Es erfolgt die Einweisung in ein Krankenhaus.	- polizeiliche Maßnahmen abgeschlossen	1
06.04.2022	18:18 Uhr	Eine Person vor der AE benötigt eine Anlaufbescheinigung.	- Anlegen eines „Sonstigen Vorkommnisses“ - polizeiliche Maßnahmen abgeschlossen	1
16.04.2022	01:11 Uhr	Ein Asylbewerber verlässt ohne bekannte Gründe eine AE in einem anderen Bundesland und beabsichtigt, ohne Anlaufbescheinigung in die AE Stauffenbergallee in Dresden einzuziehen. Seitens der AE wurde dies abgelehnt. Die betroffene Person beharrte auf eine Unterbringung und störte die Nachtruhe. Ihr wurde ein Platzverweis bis 06:00 Uhr ausgesprochen. Des Weiteren wurde die zuständige Ausländerbehörde über den aktuellen Aufenthaltsort der betroffenen Person in Kenntnis gesetzt.	- Anlegen eines „Sonstigen Vorkommnisses“ - polizeiliche Maßnahmen abgeschlossen	1

Hinsichtlich der Einsätze des Rettungsdienstes wird von einer Beantwortung abgesehen.

Der Staatsregierung liegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor. Eine Pflicht der Staatsregierung, sich die erfragten Daten zu verschaffen, besteht nicht. Die Staatsregierung ist dem Sächsischen Landtag nur für ihre Amtsführung verantwortlich. Sie ist daher nur in solchen Angelegenheiten zur Auskunft verpflichtet, die in ihre Zuständigkeit fallen und muss nicht auf Fragen eingehen, die außerhalb ihres Verantwortungsbereichs liegen.

Letzteres ist hier der Fall, denn die Frage betrifft ausschließlich Sachverhalte, die von der Landeshauptstadt Dresden als Träger des Rettungsdienstes als Selbstverwaltungsaufgabe wahrgenommen werden. Selbstverwaltungsaufgaben unterliegen nur der

Rechtsaufsicht, nicht aber der Fachaufsicht. Im Zuständigkeitsbereich der Rechtsaufsicht können die Staatsregierung bzw. die damit beauftragten Rechtsaufsichtsbehörden vom Informationsrecht nach § 113 Sächsische Gemeindeordnung nur dann Gebrauch machen, wenn Anhaltspunkte für eine bevorstehende oder erfolgte Rechtsverletzung im Einzelfall vorliegen.

Dies ist im vorliegenden Fall nicht gegeben, denn das begehrte pauschale Auskunftsverlangen der Aufsichtsbehörde nach Einsätzen des Rettungsdienstes ist vom Institut der Rechtsaufsicht nicht gedeckt.

Frage 2:

Gegen wie viele Bewohner und aus welchem Grund wurde/wird aktuell ermittelt bzw. wurden im o.g. Zeitraum Anzeigen erstattet? Bitte aufschlüsseln (Tatvorwurf, Einzel- oder Wiederholungstat, Herkunftsland, Datum).

Es wird auf die Anlage verwiesen.

Die aufgeführten Daten basieren auf einer Recherche im Polizeilichen Auskunftssystem Sachsen vom 5. Mai 2022.

Frage 3:

Fanden im o.g. Zeitraum Zimmerdurchsuchungen statt? Bitte aufschlüsseln (Datum der Durchsuchung, Grund, Funde, Konsequenzen).

Werden durch die Polizei Durchsuchungen durchgeführt, sind diese zu protokollieren. Die Nachweisführung, als auch die Protokollierung, kann in elektronischer Form im Integrierten Vorgangsbearbeitungssystem (IVO) bzw. auch mit vorgefertigten handschriftlichen Formularen erfolgen. Im letztgenannten Fall erfolgt nicht zwingenderweise eine nachträgliche Einarbeitung/Erhebung im IVO als elektronischer Nachweis.

Recherchen im IVO im angefragten Zeitraum zum o. g. Objekt (Gebäude/Zimmer) ergaben eine registrierte Durchsuchung.

Datum	Grund	Fund	Konsequenzen
02.04.2022	Sicherstellung von Beweismitteln gem. § 94 Strafprozessordnung	Flaschenöffner mit versteckter Klinge	Sicherstellung des Beweismittels; Einleitung Ermittlungsverfahren – Verstoß § 52 Absatz 1 Nr. 1 Waffengesetz

Diese Erkenntnis basiert auf einer IVO-Recherche vom 5. Mai 2022, welche strafprozessuale (Strafprozessordnung) und gefahrenabwehrrechtliche (Sächsisches Polizeivollzugsdienstgesetz) Vorgänge und Maßnahmen beinhaltete.

Darüber hinaus wird von einer Beantwortung abgesehen.

Die weiteren zur vollständigen Beantwortung der Frage notwendigen Erkenntnisse liegen der Staatsregierung nicht unmittelbar vor. Sie müssten aufwendig recherchiert werden.

Gemäß Artikel 51 Absatz 1 Satz 1 Verfassung des Freistaates Sachsen (SächsVerf) ist die Staatsregierung verpflichtet, Fragen einzelner Abgeordneter oder parlamentarische Anfragen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten. Nach dem Grundsatz der Verfassungsorgantreue ist jedes Verfassungsorgan verpflichtet, bei der Ausübung seiner Befugnisse den Funktionsbereich zu respektieren, den die hierdurch mitbetroffenen Verfassungsorgane in eigener Verantwortung wahrzunehmen haben. Dieser Grundsatz gilt zwischen der Staatsregierung und dem Parlament sowie seinen einzelnen Abgeordneten, so dass das parlamentarische Fragerecht durch die Pflicht des Abgeordneten zur Rücksichtnahme auf die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Staatsregierung begrenzt ist. Die Staatsregierung muss nur das mitteilen, was innerhalb der Antwortfrist mit zumutbarem Aufwand in Erfahrung gebracht werden kann.

Im vorliegenden Fall wäre durch eine vollständige Beantwortung die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Staatsregierung gefährdet, weil eine elektronische Recherche nicht möglich ist.

Die sächsische Polizei müsste neben der durchgeführten Recherche im IVO in jedem Vorgang (Vorgangsvermerk, Sachstandsbericht etc.) händisch nach Hinweisen suchen, die für eine Wohnungsdurchsuchung sprechen. Auch für die Landesdirektion Sachsen (LDS) ist eine elektronische Recherche nicht möglich. Die notwendigen Daten für den abgefragten Zeitraum können daher nur durch die händische Auswertung von mehr als 400 Akten der untergebrachten Personen erlangt werden.

Für das Anfordern, das Heraussuchen, den Transport der Akten sowie die Auswertung und Dokumentation im Sinne der Fragestellung und den Rücktransport wird von einer Bearbeitungszeit von mindestens 30 Minuten je Akte ausgegangen. Bei 21 Straftaten (siehe Antwort auf Frage 2) und mehr als 400 Akten der untergebrachten Personen in der Aufnahmeeinrichtung Stauffenbergallee ist von einem Zeitaufwand von mindestens 211 Arbeitsstunden auszugehen. Eine Beantwortung der Frage würde in erheblichem Umfang eine größere Anzahl von Bediensteten in der LDS bzw. der sächsischen Polizei binden, die für andere Tätigkeiten nicht mehr zur Verfügung stünden. Eine Beantwortung ist mit den bestehenden Ressourcen der LDS bzw. der sächsischen Polizei im Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht zumutbar zu leisten.

Die Staatsregierung kam daher bei der vorzunehmenden Abwägung zwischen dem parlamentarischen Fragerecht einerseits und der Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Staatsregierung sowie der ihr nachgeordneten Behörden andererseits zu dem Ergebnis, dass eine Beantwortung der Fragestellung auch unter Berücksichtigung des hohen Rangs des parlamentarischen Fragerechts unverhältnismäßig und ohne erhebliche Einschränkung der LDS bzw. der sächsischen Polizei nicht zu leisten ist.

Frage 4:

Welche Zu- und Abgänge fanden im o.g. Zeitraum statt? Bitte aufschlüsseln (reguläres/eigenmächtiges Fernbleiben, Herkunftsland, Datum, Grund).

Von einer Beantwortung wird abgesehen.

Die zur Beantwortung der Frage notwendigen Erkenntnisse liegen der Staatsregierung nicht unmittelbar vor. Sie müssten aufwendig recherchiert werden.



Gemäß Artikel 51 Absatz 1 Satz 1 SächsVerf ist die Staatsregierung verpflichtet, Fragen einzelner Abgeordneter oder parlamentarische Anfragen nach bestem Wissen unverzüglich und vollständig zu beantworten. Nach dem Grundsatz der Verfassungsorgantreue ist jedes Verfassungsorgan verpflichtet, bei der Ausübung seiner Befugnisse den Funktionsbereich zu respektieren, den die hierdurch mitbetroffenen Verfassungsorgane in eigener Verantwortung wahrzunehmen haben. Dieser Grundsatz gilt zwischen der Staatsregierung und dem Parlament sowie seinen einzelnen Abgeordneten, so dass das parlamentarische Fragerecht durch die Pflicht des Abgeordneten zur Rücksichtnahme auf die Funktions- und Arbeitsfähigkeit der Staatsregierung begrenzt ist. Die Staatsregierung muss nur das mitteilen, was innerhalb der Antwortfrist mit zumutbarem Aufwand in Erfahrung gebracht werden kann.

Im vorliegenden Fall wäre durch eine vollständige Beantwortung die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der LDS gefährdet. Eine elektronische Recherche ist nicht möglich. Die notwendigen Daten für den abgefragten Zeitraum können daher nur durch die händische Auswertung von mehr als 400 Akten der im Zeitraum April 2022 in der Aufnahmeeinrichtung Stauffenbergallee untergebrachten Personen erlangt werden. Für das Heraussuchen, die Auswertung der Akten und Dokumentation im Sinne der Fragestellung ist von einem Arbeitsaufwand von mindestens 30 Minuten je Akte und damit einem Zeitaufwand mindestens 200 Arbeitsstunden auszugehen. Auch unter Berücksichtigung des hohen Rangs des parlamentarischen Fragerechts ist der zur Beantwortung der Frage erforderliche Aufwand nicht mehr verhältnismäßig und zumutbar. Eine Beantwortung der Frage würde in erheblichem Umfang eine größere Anzahl von Bediensteten in der LDS binden, die für andere Tätigkeiten nicht mehr zur Verfügung stünden.

Die Staatsregierung kam bei der Abwägung zwischen dem parlamentarischen Fragerecht einerseits und der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Staatsregierung und der ihr nachgeordneten Behörden andererseits daher zu dem Ergebnis, dass eine Beantwortung der Frage unverhältnismäßig und ohne erhebliche Einschränkung der Funktionsfähigkeit der LDS nicht zu leisten ist.

Frage 5:**Wie viele Asylbewerber waren am 30.04.2022 in der EAE untergebracht?**

Zum Stichtag 30. April 2022 waren in der Aufnahmeeinrichtung Dresden, Stauffenbergallee 303 Asylbewerber untergebracht.

Mit freundlichen Grüßen

Armin Schuster

Anlage

Tatverdächtige, Ifd. Nr.	Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen	Straftatbestand	Datum der Anzeigenerstattung	Anzahl	Wiederholungstat
1	Tunesien	§ 242 Strafgesetzbuch (StGB)	20.04.2022	1	nein
2	Libanon	§ 95 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)	05.04.2022	1	nein
3	Tunesien	§ 123 StGB	25.04.2022	1	nein
4	Tunesien	§ 29 Abs. 1 Nr. Betäubungsmittelgesetz	11.04.2022	1	nein
5	Georgien	§ 248a StGB	04.04.2022	4	ja
			14.04.2022		
			01.04.2022		
			12.04.2022		
6	Russische Föderation	§ 95 AufenthG	04.04.2022	1	nein
7	Georgien	§ 246 StGB	28.04.2022	1	nein
8	Tunesien	§ 242 StGB	09.04.2022	1	nein
9	Georgien	§ 243 StGB	22.04.2022	1	nein
		§ 242 StGB	20.04.2022	1	nein
10	Ukraine	§ 235 StGB	05.04.2022	1	nein
11	Libyen	§ 95 AufenthG	11.04.2022	1	nein

Tatverdächtige, Ifd. Nr.	Staatsangehörigkeit der Tatverdächtigen	Straftatbestand	Datum der Anzeigenerstattung	Anzahl	Wiederholungstat
12	Moldau, Republik	§ 242 StGB	08.04.2022	1	nein
13	Indien	§ 95 AufenthG	05.04.2022	1	nein
14	Marokko	§ 242 StGB	02.04.2022	1	nein
15	Tunesien	§ 241 StGB	21.03.2022	1	nein
		§ 248a StGB	04.04.2022	1	nein
16	Georgien	§ 248a StGB	08.04.2022	1	nein